

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Angelica Schwall-Düren, Achim Großmann, Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Arne Fuhrmann, Iris Gleicke, Dr. Liesel Hartenstein, Gabriele Iwersen, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Klaus Lennartz, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Christoph Matschie, Heide Mattischeck, Ulrike Mehl, Angelika Mertens, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Albrecht Papenroth, Georg Pfannenstein, Otto Reschke, Bernd Reuter, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Walter Schöler, Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Volkmar Schultz (Köln), Ernst Schwanhold, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Wolfgang Thierse, Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und Fraktion der SPD**

### **Stadtökologie und nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland fördern und die Weichen für eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung stellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

1. Die globale Aufgabe der nachhaltigen Entwicklung, die von der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio auf die Tagesordnung gesetzt und in der Agenda 21 niedergelegt wurde, muß zu Konsequenzen für eine nachhaltige Siedlungspolitik in Deutschland führen. In Deutschland ist mehr als die Hälfte aller Bürger in städtischen Verdichtungsgebieten zu Hause – fast ein Drittel der Bevölkerung lebt in Städten mit über 100 000 Einwohnern. Von daher wird es immer drängender, die Sicherung der Lebensqualität in der Stadt und deren Einbindung in umwelt-, sozial- und wirtschaftsverträgliche Rahmenbedingungen als Zukunftsaufgabe von großem Gewicht bundespolitisch zu flankieren. Dies ist bislang nur in völlig unzureichendem Maße erfolgt.

Städtebau und Stadtentwicklungspolitik in Deutschland stehen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert vor neuen Aufgaben und Herausforderungen. Es gilt, eine nachhaltige Stadtentwicklung, Ressourcenschutz und Umweltverträglichkeit zu

verbessern, zu verzahnen und auf den unterschiedlichen politischen Ebenen zu koordinieren.

2. Es ist zu begrüßen, daß zahlreiche Kommunen die Agenda 21 der Rio-Konferenz von 1992 und die Ergebnisse der VN-Konferenz Habitat II in einer sog. Lokalen Agenda 21 umsetzen wollen. Es zeigen sich viele umweltfreundliche Ansätze und Möglichkeiten, z. B. sparsamer Umgang mit Energie, Vermeidung von Verkehr und die Ausrichtung kommunalen Planens an nachhaltigen Zielen. Beispielsweise liegen mittlerweile mehr als 200 kommunale Klimaschutzkonzepte vor.
3. Es fehlen allerdings, fast sechs Jahre nach Rio, wirkungsvolle Rahmenbedingungen für eine „nachhaltige Siedlungspolitik“, die die Kommunen bei der Umsetzung dieser schwierigen Aufgabe leiten. Dazu muß die Bundesregierung nicht nur in der Theorie eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln, sondern auch konkrete Beschlüsse fassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in den folgenden Politikfeldern umzusteuern:

1. Flächenverbrauch und Bodenschutz

Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages belegt die alarmierende Zunahme des fortschreitenden Landverbrauchs. Daraus resultiert die Besorgnis, daß ein Ende der Verfügbarkeit freier Flächen absehbar scheint. Ein Sachverständigenzenario beschreibt beispielsweise, daß beim Fortschreiten des Landverbrauchs im derzeitigen Ausmaß (80 bis 100 ha Fläche pro Tag) die Bundesrepublik Deutschland in 81 Jahren zugebaut wäre. Selbst wenn dieses Szenario überzogen scheint, ist unbestritten, daß die Zeit drängt, die bundespolitischen Weichenstellungen für eine Umsetzung einer den Flächenverbrauch bremsenden Entwicklung herbeizuführen. Die Sparsamkeitsklausel des neuen Bau- und Raumordnungsgesetzes ist dazu nur ein erster Schritt.

Das von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages geforderte Konzept muß von der Bundesregierung konkret umgesetzt werden, indem

- wohnungspolitische Förderinstrumente stärker an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. So sollte die ressourcenschonende Modernisierung des Gebäude- und Wohnungsbestandes und die ressourcenschonende Nutzung von Wohnraum verstärkt steuerrechtlich begünstigt werden. Ökologische Mindeststandards für die Förderung und Bonussysteme für siedlungs-, wohnflächen-, ressourcen- und energiesparendes Bauen sollten eingeführt bzw. ausgebaut werden.

Die bei der Novellierung des Bau- und Raumordnungsgesetzes von der Bundesregierung zunächst abgeblockten boden-

politischen Maßnahmen müssen umgesetzt werden, insbesondere sind

- mittels bodenpolitischer Instrumente Anreize für die Mobilisierung von Baulandreserven zu schaffen.

Ebenso muß die Bundesregierung die Städtebauförderung verbessern, insbesondere sind

- aufgrund der Bedeutung der Städtebauförderung für eine ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung die entsprechenden Bundesmittel aufzustocken und verstärkt auf ökologische Erfordernisse auszurichten. Dazu zählen Umwelt- und Konversionsmaßnahmen (z. B. Flächenrecycling), die Förderung von Siedlungsstrukturen, die lange Wege zwischen Wohnen und Arbeiten vermeiden, sowie die Schaffung und Ausdehnung von innerstädtischen Erholungsflächen, die Stadtflucht und Zersiedelung entgegenwirken.

## 2. Verkehr

Viele deutsche Städte stehen vor dem Verkehrskollaps. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat empfohlen, den Siedlungsflächenzuwachs insbesondere durch Nutzungsmischung unter dem Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung einzudämmen. Sinnvoll ist daher die Ausgestaltung eines Gesamtkonzepts, womit die Nutzungsmischung als Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ gefördert wird.

Die Bundesregierung muß konkrete Rahmenbedingungen und Hilfen schaffen,

- die den Kommunen Anreize eröffnen, die „Stadt der kurzen Wege“ zu planen,
- die den Kommunen die Entscheidung zugunsten einer Realisierung integrierter Siedlungs-, Entwicklungs- und Verkehrskonzepte erleichtern,
- die die dauerhafte Finanzierung öffentlicher Nahverkehrssysteme sicherstellen und damit die Investitionsmittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes der allgemeinen Preisentwicklung anpassen,
- die konkrete Vorschläge enthalten, wie die Struktur- und Raumordnungspolitik verkehrsvermeidend gestaltet werden kann.

## 3. Energie

Wegen der Gesundheitsrisiken durch Ozon oder der besonders nachteilig beeinflussten Luft in den Städten und vor allem des weltweit drohenden Treibhauseffektes ist ein Umsteuern in der Energiepolitik dringend notwendig. Die Bundesregierung (s. Drucksache 13/8476 S. 32 – Antwort auf die Große Anfrage „Stadtökologie und nachhaltige Stadtentwicklung“) möchte dem Verbraucher die Freiheit lassen, selbst zu entscheiden, welche Energiesysteme und Anlagen er für seine Wohnung oder sein Haus wählt. Hierbei wird besonders der Aspekt der Preisgestaltung und der Versorgungssicherheit in den Vorder-

grund gestellt. Bei dieser Sichtweise stellt sich eine nachhaltige Entwicklung nicht von selber ein. Um eine nachhaltige Energiegewinnung und -nutzung voranzubringen, sind dringend weitergehende gesetzliche Impulse vonnöten.

Die Bundesregierung muß

- die Weichen für die Einführung umweltfreundlicher Energien so stellen, daß regenerative Energien und ihr Einsatz weiter gefördert werden,
- das Stromeinspeisungsgesetz so gestalten, daß die Kraft-Wärme-Kopplung gefördert, anstatt wie derzeit gefährdet wird,
- im Rahmen einer ökologischen Steuerreform Energieeinsparungen und den Einsatz regenerativer Energien fördern.

#### 4. Finanzen

Grundlage für nachhaltiges Handeln auf kommunaler Ebene ist neben den rechtlichen Möglichkeiten ein entsprechender finanzieller Handlungsspielraum.

Die Bundesregierung muß daher den Weg für eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden ebnen.

#### 5. Bundesweite Koordination

Die Bundesregierung muß zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung eine stärkere Verzahnung und Zusammenarbeit der Ressorts einrichten und die Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wesentlich verbessern.

Die Bundesregierung sollte sich zudem für die Einrichtung von Transferstellen für nachhaltige Stadtentwicklung nach nordrhein-westfälischem Vorbild in den einzelnen Bundesländern einsetzen.

Bonn, den 7. Mai 1998

**Dr. Angelica Schwall-Düren**  
**Achim Großmann**  
**Wolfgang Behrendt**  
**Friedhelm Julius Beucher**  
**Ursula Burchardt**  
**Marion Caspers-Merk**  
**Dr. Marliese Dobberthien**  
**Ludwig Eich**  
**Lothar Fischer (Homburg)**  
**Norbert Formanski**  
**Arne Fuhrmann**  
**Iris Gleicke**  
**Dr. Liesel Hartenstein**  
**Gabriele Iwersen**  
**Volker Jung (Düsseldorf)**

**Susanne Kastner**  
**Horst Kubatschka**  
**Dr. Uwe Küster**  
**Eckart Kuhlwein**  
**Klaus Lennartz**  
**Dr. Christine Lucyga**  
**Dieter Maaß (Herne)**  
**Christoph Matschie**  
**Heide Mattischeck**  
**Ulrike Mehl**  
**Angelika Mertens**  
**Michael Müller (Düsseldorf)**  
**Jutta Müller (Völklingen)**  
**Albrecht Papenroth**  
**Georg Pfannenstein**

|                                       |                                      |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| <b>Otto Reschke</b>                   | <b>Wieland Sorge</b>                 |
| <b>Bernd Reuter</b>                   | <b>Wolfgang Spanier</b>              |
| <b>Wilhelm Schmidt (Salzgitter)</b>   | <b>Dr. Dietrich Sperling</b>         |
| <b>Walter Schöler</b>                 | <b>Dr. Peter Struck</b>              |
| <b>Dietmar Schütz (Oldenburg)</b>     | <b>Dr. Bodo Teichmann</b>            |
| <b>Richard Schuhmann (Delitzsch)</b>  | <b>Jella Teuchner</b>                |
| <b>Reinhard Schultz (Everswinkel)</b> | <b>Wolfgang Thierse</b>              |
| <b>Volkmar Schultz (Köln)</b>         | <b>Dr. Wolfgang Wodarg</b>           |
| <b>Ernst Schwanhold</b>               | <b>Rudolf Scharping und Fraktion</b> |





